

KURZ UND PRÄGNANT

Thüringer Abfallrecht steht zur Beratung an

Für die in Thüringen in den nächsten Wochen anstehenden Gesetzesberatungen zur Anpassung der abfallrechtlichen Regelungen verlangt die LINKE Verbraucherpolitikerin Diana Skibbe die Einbeziehung der Forderungen europäischer Umwelt-, Verbraucher- und Einzelhandelsverbände zu Abfallvermeidungszielen und verbindlicher Wiederverwendungsquoten im Rahmen einer nachhaltigen Kreislaufwirtschaft. „Der Gesetzentwurf der Bundesregierung für ein neues Verpackungsgesetz hat leider nur gezeigt, wie Kreislaufwirtschaft nicht funktioniert. Der von allen Bundesländern bisher abgelehnte Gesetzentwurf sieht eine Privatisierung der Abfallwirtschaft vor und entlässt den Staat aus seiner Verantwortung für eine Wiederverwendung gebrauchter Verpackungen. Darüber hinaus wird das Gesetz zu zusätzlichen Müllgebühren von bis zu zehn Euro je Einwohner führen“, warnt die Abgeordnete. ■

„Mohring weiß nicht, wovon er redet“

Auf ein TA-Interview (21.3.) des CDU-Fraktionsvorsitzenden Mike Mohring reagierte MdL Knut Korschewsky: „Herr Mohring weiß nicht, wovon er redet. Und es ist ein Schlag ins Gesicht der 360.000 ehrenamtlich organisierten Sportlerinnen und Sportler in Thüringen, die unsere Koalition gerade mit dem neuen Sportförderungsgesetz bewusst entlasten wird. Zudem verbreitet er bewusst oder unbewusst Unwahrheiten: Der Bau der Erfurter Multifunktionsarena hat nichts, aber auch gar nichts mit der Thüringer Sportstättenförderung für die Kommunen, Landkreise und Sportvereine zu tun. Und die Gelder für die Erfurter Multifunktionsarena stammen aus Bundesmitteln, die in keiner Weise die Zuweisungen an die Kommunen schmälern. Hier wird der Eindruck erweckt, dass zu Lasten der kleinen Sportvereine eine Multifunktionsarena in der Landeshauptstadt finanziert wurde. Das ist schlichtweg unredlich.“

Mohring sei „wahrscheinlich auch nicht bekannt, dass der ursprüngliche Veranstaltungsplan der Arena GmbH für das Jahr 2017 schon mit ca. 150 Prozent übererfüllt ist. Warum sollten also die EU-Vorgaben für die Zuweisung von Fördermitteln nicht erfüllt werden können? 16 Millionen Euro Bundesmittel grundlos zurückzugeben und damit den Landeshaushalt um diesen Betrag zu schröpfen, ist finanzpolitischer Unsinn“, so der LINKE Sportpolitiker. ■

Schiefelage im Landesamt

Steffen Dittes kritisiert die Berichtspraxis des Thüringer Verfassungsschutzes scharf

Rot-Rot-Grün ist in Thüringen angetreten, um den Verfassungsschutz zu reformieren. Dass weite Teile der Reformvereinbarungen bislang keine Umsetzung fanden, führt zu Recht zu Unmut gerade bei jenen, die sich täglich gegen die Bedrohung der demokratischen Kultur durch Neonazis und Rechtspopulisten engagieren.

„Das Innenministerium steht in der Verantwortung, mit der nötigen Sensibilität diese Probleme endlich anzugehen, einschließlich einer Revision des Berichtswesens nach Maßgabe des Koalitionsvertrages“, so Steffen Dittes, innenpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag.

Nach Ansicht des Abgeordneten hat sich aber gerade in der Berichtspraxis des Amtes für Verfassungsschutz wenig geändert. „Zivilgesellschaftliches Engagement wird weiterhin diskreditiert und die Rechts-Links-Gleichsetzung findet ebenso statt, mit dem Ergebnis, dass Gefahren durch Neonazis weiter verharmlost werden.“

„Linksextremisten“ bei friedlichen Protesten

Als besonders kritikwürdig bezeichnet Steffen Dittes die monatlichen Berichte des Jahres 2016, mit denen das Amt für Verfassungsschutz (AfV) Behörden, Kommunen und weitere staatliche Institutionen über die aus Sicht des AfV verfassungsschutzrelevanten Ereignisse und Gruppen informiert.

Der Abgeordnete weist darauf hin, dass monatlich in den Heften im Nach-

gang unter „Rechtsextremismus“ Partei- und Musikveranstaltungen gelistet werden, während unter „Linksextremismus“ politisch links motivierte Straftaten, wie das Sprühen von Anarchie-Zeichen oder die Teilnahme von als Linksextremisten durch das AfV ausgemachten Menschen an friedlichen Protesten gegen Veranstaltungen der extremen Rechten herhalten müssen, um das Kapitel zu füllen.

Im Februar wird in der Rubrik „Linksextremismus“ etwa ein friedlicher Protest von 150 Menschen aufgelistet, die bei einer AfD-Kundgebung rote Karten in die Höhe hielten. In der Schreibweise des Geheimdienstes heißt es dazu: die „offenbar aus dem demokratischen Protestspektrum stammende Initiative zur Aktion lässt eine Erosion zwischen demokratischen und extremistischen Formen der politischen Meinungsäußerung erkennen“.

Extremismustheorie ist weiter handlungsleitend

Auch das Weimarer renommierte Bürgerbündnis gegen Rechts taucht in den Berichten mit dem Hinweis auf, dass eine „Differenzierung zwischen gewaltbereiten Linksextremisten und übrigen Gegendemonstranten (...) aufgrund einer zunehmenden Vermischung beider Personenkreise kaum mehr möglich“ sei.

„Dass die untaugliche Extremismustheorie weiterhin handlungsleitend für das AfV ist, ist schlimm genug, dass inzwischen auch legitimer und versammlungsrechtlich zulässiger Protest hoheitlich diskreditiert wird, ist nicht hin-

zunehmen und widerspricht dem gesellschaftlich unstrittigem Anliegen, Menschen zu ermutigen, bei Rassismus und Diskriminierung nicht wegzuschauen, sondern Farbe zu bekennen und für eine demokratische Gesellschaft einzutreten.“

Vollkommen aus dem Ruder gelaufene Ungleichgewichtung

„Mit den jetzt veröffentlichten Berichten wird die Schiefelage im Landesamt für Verfassungsschutz vollends offenbar. In den Berichten haben gegen die AfD und deren Abgeordnete gerichtete Sachbeschädigungen Aufnahme gefunden. Von Neonazis begangene Übergriffe gegen LINKE-, aber auch SPD- und CDU-Büros, wie etwa eine Detonation in Saalfeld, Attacken in Eisenach und Altenburg, oder aber auch ein im Internet verbreiteter Mordaufruf von Neonazis gegen eine LINKE-Landtagsabgeordnete waren für das AfV in bisherigen Berichten aber keinerlei Erwähnung wert.“

Diese nun vollkommen aus dem Ruder gelaufene Ungleichgewichtung führt zwangsläufig zu einer Verharmlosung extrem rechter Aktivitäten einerseits und einer Überhöhung politisch links motivierter Straftaten andererseits“, so Steffen Dittes.

Ein deutlicher Widerspruch wird hier insbesondere zu statistischen Zahlen der Polizei deutlich, die im Vorjahr über 1.400 Delikte der Politisch-motivierten Kriminalität-Rechts erfasste, oder zu den Erhebungen der Mobilen Beratung Mobit, die über 660 Aktivitäten der extremen Rechten aufführt. ■

Was keiner braucht

Die geplante Stromtrasse durch den Westen von Thüringen war Thema im Landtag. „Die Planung des Netzbetreibers Tennet, eine weitere unnötige Mega-Stromtrasse durch ganz Thüringen bauen zu wollen, ist ein Skandal“, unterstrich Steffen Harzer für die Linksfraktion.

Der Abgeordnete wies darauf hin, dass durch Thüringen bereits einige Hochspannungstrassen führen. „Eine weitere nicht notwendige Stromtrasse wäre eine klare Fehlentscheidung, die Thüringen schadet: wertvolle Naturräume würden zerschnitten, die Umwelt würde weiter belastet und der Strompreis weiter steigen.“ Auch die Verlegung des Stromkabels unter der Erde sei keine Lösung des Problems, weil auch diese Kabeltrasse Landschaft zerstört und die Schneise nicht bepflanzt werden darf.

In seiner Landtagsrede betonte Steffen Harzer, dass die Aussage, hier würde eine Windstromtrasse entstehen, nicht richtig ist. Vielmehr würde umweltschädlich erzeugter Strom aus Stein- und Braunkohle über diese Trasse geführt. Anstatt Strom quer durchs Land zu leiten, sollte Energie dort er-



zeugt werden, wo man sie braucht. „Das ist der sinnvolle und umweltschützende Gedanke der Energiewende: Strom aus regenerativen Quellen regional erzeugen und für möglichst kurze Übertragungswege zu den Verbrauchern sorgen, ergänzt mit der Speicherung und Sektorenkopplung von Strom, Wärme, Verkehr sowie der Energieeinsparung (Energieeffizienz).“ Das sei aber der Ansatz einer neuen

Energiepolitik in Deutschland. „Alle Aspekte um diese neue Trasse zusammengefasst lauten: Hier soll gebaut werden, was keiner will, was keiner braucht, was keiner benötigt!“, resümierte der Linksfraktionär. Er kündigte an, dass „alle rechtlich möglichen und politisch sinnvollen Mittel der Gegenwehr gegen dieses sinnlose Monsterprojekt genutzt werden“. ■